

Kreisrundbrief Ausgabe 2 / 2015
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kreisverband PLÖN



GRÜNE aus der Probstei unterstützen die Aktion gegen Fracking – mehr im Bericht von Anett und Michael auf Seite 7

Einladung zur Kreismitgliederversammlung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Plön

Diskussion mit Landwirtschafts-, Umwelt- und Energieminister
Robert Habeck –, unserem Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl:

Was muss sich ändern, um Flüchtlingsströme und Klimawandel zu
bremsen?

Es soll nach dem Vortrag viel Zeit bleiben für Fragen und Beiträge aus dem
Publikum - Gäste sind herzlich willkommen!

am 17. September 2015 um 19 Uhr
im Seeblick Strandhotel, Uferweg 2 in Heikendorf.

Inhalt

1. Editorial – Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger!
2. Joschka Fischer, Süddeutsche Zeitung vom 26. Juli 2015
Griechenland – Krise: Rückkehr des "hässlichen Deutschen" droht
3. Einladung Kreismitgliederversammlung mit Grußwort von Dr. Bielfeld vom BUND und Propst des Kirchenkreises Plön, Erich Faehling
4. Berichte aus den Ortsverbänden und der Kreistagsfraktion
5. Mobilisierung zur TTIP Großdemo am 10.10.2015 in Berlin
6. TTIP – ein Kommentar von Bernd Voss
7. Termine in der Übersicht
8. Wichtige Ansprechpartner im Kreis Plön – neue Kreisgeschäftsführerin stellt sich vor

1. Editorial – Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger!

Liebe Freundinnen und Freunde,

vor 25 Jahre stimmten die Alliierten der deutschen Einheit zu – unter einer Bedingung: Deutschland muss in Europa fest eingebunden sein – es darf nie wieder ein instabiles Machtzentrum in Mitteleuropa geben. Wenn jetzt Frau Wagenknecht, die Fraktionsvorsitzende der Linken, die Abschaffung des Euros fordert, dann ist das ein historisch fatales Signal.

Umgekehrt wird ein Schuh draus: Europa muss handlungsfähiger werden. In den letzten Jahren ging die Vision des gemeinsamen Europas als Konsequenz des Blutvergießens zweier Weltkriege zunehmend verloren. Wir haben deshalb einen Artikel von unserem Altvorderen Joschka Fischer in diesen Rundbrief aufgenommen, der mich sehr beeindruckt hat.

Die grüne Politik in den Gemeinden ist durch die Flüchtlinge, die auch bei uns im Kreis überall an die Gemeinden verteilt werden, mehr als je zuvor direkt mit der Weltpolitik konfrontiert. Viele Grüne Mitglieder engagieren sich auch bei der Flüchtlingsbetreuung. Sowieso war grüne Politik immer sowohl lokal als auch global! Aber nun wird es immer deutlicher: Wenn wir uns nicht um die Konflikte in Afrika, im nahen Osten, in Griechenland, in der Ukraine kümmern, dann kommen die Menschen in ihrer Verzweiflung zu uns.

Zwei weitere Themen kommen in diesem Herbst auf uns zu:

Am 10. Oktober findet in Berlin die zentrale Demonstration gegen das TTIP-Abkommen mit den USA statt. Seit zwei Jahren laufen hunderte von Organisationen, Kommunen und Bürgerrechtler Sturm gegen dieses Abkommen und haben bereits über zwei Millionen Unterschriften gesammelt. Von Kiel aus werden von den Grünen gecharterte Busse fahren. Am 25. September werden wir in Plön eine weitere Informationsveranstaltung

durchführen. Das ist auch eine gute Gelegenheit für unsere Ortsverbände, einen Stand zu machen um für die Demo zu werben und die letzten Unterschriften zu sammeln.

Und schließlich findet vom 30. November bis 11. Dezember in Paris der nächste Klima-Gipfel statt.

Aus diesen Gründen hat der Kreisvorstand unseren Umweltminister Robert Habeck eingeladen und gebeten, auf unserer Kreismitgliederversammlung am 17. September über das Thema „Was muss sich ändern, um Flüchtlingsströme und Klimawandel zu bremsen?“ Da wir wissen, dass es viele Fragen an Robert gibt – auch wegen seiner Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl, wollen wir viel Zeit für Fragen und Beiträge einplanen.

Ich hoffe, dann viele von Euch in Heikendorf zu sehen.

Euer
Karl-Martin

2. Griechenland – Krise: Rückkehr des "hässlichen Deutschen" droht

Merkel und Schäuble haben in Brüssel kompromisslos verhandelt, Deutschland war ihnen wichtiger als Europa. Eine große Idee könnte endgültig scheitern.

Von Joschka Fischer, Süddeutsche Zeitung, 27. Juli 2015

Die Nacht vom 12. auf den 13. Juli 2015 hat die EU fundamental verändert. In jener langen Verhandlungsnacht von Brüssel ist etwas im Innersten der Europäischen Union zerbrochen. Der Charakter der Gemeinschaft hat sich dadurch grundsätzlich gewandelt. Heute, zwei Wochen danach, stehen wir alle vor einem anderen Europa. Was ist geschehen?

Deutschland, wie wir es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kannten, hat sich in jener Nacht fundamental verändert, seine Rolle und Selbstdefinition in und für Europa. Vordergründig ging es um die Krise Griechenlands; es ging darum zu verhindern, dass Griechenland aus dem Euro herausfallen und es zu einem chaotischen Grexit mit fatalen Folgen für das Land und die Euro-Zone kommen würde. Parallel dazu - und fast noch wichtiger - ging es um die Rolle des bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich mächtigsten Landes in der Mitte Europas, um Deutschland.

Deutschland hat sich das Vertrauen Europas erarbeitet

Der Wiederaufstieg des Landes nach der Barbarei der Nazi-Zeit ruht auf einigen Grundsätzen, die das Vertrauen in Deutschland wieder soweit hergestellt haben, dass alle seine früheren Kriegsgegner und Opfer 1989 seiner Wiedervereinigung zugestimmt haben, ein unerhörter Vertrauensbeweis. Im Innern hatte sich Deutschland erfolgreich zu einer stabilen Demokratie entwickelt. Hinzu kam der wirtschaftliche Erfolg auf einer starken sozialstaatlichen Grundlage. Deutschlands Bereitschaft, sich uneingeschränkt seiner Nazi-Vergangenheit zu stellen, in Verbindung mit einer tiefen Skepsis allem Militärischen gegenüber, hat darüber hinaus entscheidend zur Vertrauensbildung beigetragen.

In der Außenpolitik waren für diese Vertrauensbildung zwei Faktoren entscheidend: die Westintegration und die Europäisierung des Landes. Die "Macht in der Mitte" sollte nie wieder zur Gefahr für den Kontinent und für sich selbst werden. Deutschland sollte nach 1945, anders als 1919 mit dem Frieden von Versailles, nicht mehr isoliert und wirtschaftlich geschwächt, sondern vielmehr mittels seiner Integration in den Westen militärisch geschützt und politisch fest verankert werden.

Mehr noch: Die wirtschaftliche Stärke der europäischen Zentralmacht sollte, in Verbindung mit der Aussöhnung mit dem alten "Erbfeind" Frankreich, diese in einen gemeinsamen europäischen Markt mit der Perspektive einer dereinst stattfindenden

politischen Einigung Europas einbringen. In Deutschland nennt man dies heute gerne wieder "romantisch" oder "Pathos-Europäertum" und glaubt, beides sei heute überholt. Fortan gehe es auch in Deutschland beim Thema Europa um harte nationale Interessen, wie bei allen anderen auch.

Ein europäisches Deutschland oder ein deutsches Europa?

Welch ein Irrtum. Die Frage, welchen Weg das wiedervereinigte Deutschland im 21. Jahrhundert einschlagen wird - hin zu einem europäischen Deutschland oder zu einem deutschen Europa -, ist mitnichten eine Frage von Pathos oder gar der politischen Romantik, sondern die sehr harte, realpolitische, ja historische Grundsatzfrage für alle deutsche Außenpolitik schlechthin. Und diese Frage wurde jüngst in jener langen Brüsseler Nacht zulasten des europäischen Deutschlands und zugunsten eines deutschen Europas entschieden, eine fatale Entscheidung für Deutschland und Europa. Ob Angela Merkel und Wolfgang Schäuble wussten, was sie taten?

Man würde sich in Deutschland die Welt nur schönfärben, wenn man die seither einsetzende heftige Kritik an dem Land und seinen Akteuren als deutschfeindliche Propaganda abtun würde. Gewiss gibt es diese auch, aber der Kern der Kritik artikuliert das feine Gespür für jenen historischen Bruch in der deutschen Europa-Politik, der in Brüssel in der Nacht auf den 13. Juli 2015 stattgefunden hat.

Zum ersten Mal wollte Deutschland nicht mehr Europa, sondern weniger, und das hieß im Klartext: die Verwandlung der Euro-Zone von einem europäischen Projekt quasi in eine deutsche Einflusszone. Man könnte sagen, dies ist die spezifisch deutsche Form von "Renationalisierung im europäischen Gewande". Prompt drohte in jener Nacht auch ein schwerer Konflikt mit Frankreich und Italien. Die Kanzlerin musste sich zwischen ihrem Finanzminister und Frankreich entscheiden.

Für Schäuble ist der Grexit nicht vom Tisch

Ein Mitgliedsland des Euro sollte mit massivem Druck dazu gebracht werden, "freiwillig" aus dem Euro auszutreten. Die von der Regierung Deutschlands betriebene Alternative für Griechenland hieß: entweder Austritt oder die Akzeptanz eines Programms, welches das Land faktisch zu einem europäischen Protektorat macht mit keinen Aussichten auf wirtschaftliche Besserung. Griechenland wird eine Rezeptur verschrieben, die auch in der Vergangenheit nicht funktioniert hat und im Wesentlichen für die deutsche Innenpolitik und nicht für das notleidende Griechenland gedacht war.

Der massive Konflikt mit der zweit- und der drittgrößten Volkswirtschaft des Euro-Raumes ist nun alles andere als ausgeräumt, denn für Schäuble ist der Grexit nicht vom Tisch. Er möchte den Schuldenschnitt für Griechenland zum Hebel für die Realisierung seiner Idee von einem "freiwilligen" Grexit machen. Die Haltung des deutschen Ministers wirft die Grundsatzfrage nach dem Verhältnis zwischen dem lateinischen Süden und dem Norden Europas in einer Schärfe auf, welche die Euro-Zone überfordern muss. Der Glaube, der Euro könne dazu taugen, den Süden quasi ökonomisch umzuerziehen, wird sich nicht nur in Griechenland, sondern für das gesamte europäische Projekt, das auf Vielfalt und Solidarität aufgebaut wurde, als ein gefährlicher Irrtum erweisen.

Von der europäischen Einigung profitierte vor allem Deutschland

Deutschland ist nicht nur materiell, sondern vor allem auch politisch, der große Gewinner der europäischen Einigung. Man vergleiche nur die deutsche Geschichte in der ersten mit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die erste deutsche Nationalstaatsgründung fand leider nicht im 18. Jahrhundert, im Zeitalter der Aufklärung statt, sondern im 19. Jahrhundert, in der hohen Zeit des Nationalismus unter preußischen Vorzeichen statt. Militär und Nationalismus waren es im Wesentlichen, was mit deutscher Macht verbunden wurde.

Deutsche Macht verfügte anders, als es in Frankreich und Großbritannien und den Vereinigten Staaten der Fall war, niemals über eine zivilisatorische Idee, die über die bloße Macht hinausging.

Die zweite deutsche Nationalstaatsgründung 1989 beruhte auf einer unwiderruflichen Westorientierung und Europäisierung des Landes. Gerade die Europäisierung deutscher Politik füllte und füllt diese zivilisatorische Leerstelle. Diese Grundpfeiler weiter erodieren zu lassen, wäre daher für Deutschland und Europa eine Torheit sondergleichen und brächte den "hässlichen Deutschen" zurück.

3. Einladung Kreismitgliederversammlung

Kreismitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Plön

am 17. September 2015 um 19 Uhr im Seeblick Strandhotel, Uferweg 2 in Heikendorf.

**Diskussion mit Landwirtschafts-, Umwelt- und Energieminister Robert Habeck
Was muss sich ändern, um Flüchtlingsströme und Klimawandel zu bremsen?**

Tagesordnung:

- TOP 1: Begrüßung, Beschlussfähigkeit, Versammlungsleitung, Protokoll
- TOP 2: Grußworte von Dr. Claudia Bielfeld vom BUND und Propst des Kirchenkreises Plön, Erich Faehling
- TOP 3: Diskussion mit Umwelt- und Energieminister Robert Habeck
- TOP 4: Verschiedenes

Grußwort von Dr. Claudia Bielfeld, BUND

Liebe Mitglieder des Grünen Kreisverbandes Plön,

mit den Schwerpunkten Klimaschutz und transatlantisches Freihandelsabkommen TTIP diskutieren Sie auf Ihrer anstehenden Kreismitgliederversammlung hochaktuelle Themen. Beides sind Themen, die jeden von uns angehen. Es geht um Lebensstile, Konsum, Energie, Ernährung, Umwelt- und Naturschutz.

Was betrifft uns konkret? Zum Beispiel Fracking geht uns im Kreis Plön ganz unmittelbar an. Ein transatlantisches Freihandelsabkommen würde Fracking wahrscheinlicher machen. Es würde allerdings auch dazu führen, dass beispielsweise die Erdgasausfuhr aus den USA erleichtert würde, billiges Erdgas eine nachhaltige Energiewende verhindert und dadurch den Klimaschutz

erschwert. Die Fleischindustrie auf beiden Seiten des Atlantiks braucht das Freihandelsabkommen nicht, um Zölle abzubauen, sondern um Umwelt- und Gesundheitsstandards zu senken. Dies hat Auswirkungen auf die Landwirtschaft vor Ort, auch hier in Schleswig-Holstein. Die Zeche dafür zahlen wir als VerbraucherInnen. Außerdem werden die demokratischen Verfahren durch die regulatorische Kooperation außer Kraft gesetzt, da der regulatorische Rat im Prinzip direkt auf laufende Gesetzgebungsverfahren einwirken kann.

Diese Beispiele ließen sich noch weiter fortführen. Die Frage ist, was können wir vor Ort tun? Informieren, diskutieren, demonstrieren! Informieren und diskutieren können Sie am 17. September in Heikendorf.

Demonstrieren können Sie am 10. Oktober in Berlin. Machen Sie mit!

Herzliche Grüße

Claudia Bielfeldt Landesvorsitzende des BUND Schleswig-Holstein

4. Berichte aus den Ortsverbänden und der Kreistagsfraktion

Aktion „Gelbe Stühle“: GRÜNE aus der Probstei unterstützen tatkräftig die Aktion gegen Fracking vom Ortsverband GRÜNE Probstei

Unter dem Motto "KEIN Platz für Fracking" sollen die Gelbe Stühle daran erinnern, dass wir in unserer Region kein Fracking wollen. Die Grünen aus der Probstei trafen sich mehrmals mit der Bürgerinitiative gegen Fracking zum Bau und der Bemalung von gelben Stühlen, die großformatig auf den Feldern und in Normalgröße auf Privatgrundstücken ein deutliches Signal gegen Fracking darstellen sollen.

Trotz des scheinbaren Rückzuges der Unternehmen aus deren aktuellen Förderplänen in Schleswig Holstein, freuen wir uns über die auf den vielen Privatgrundstücken aufgestellten Stühle. Sollen sie doch auf die Gefahren des Fracking durch die unsinnige Verpressung von Giften in den Boden aufmerksam machen und die Bürgerinnen und Bürger informieren.



Weitere Aktionen des Stammtisches gegen Fracking in der Probstei werden wir auch weiterhin tatkräftig unterstützen und personell begleiten. Dazu treffen wir uns regelmäßig im Lutterbeker. Die genauen Termine könnt ihr bei Andrea und Michael erfragen.

Vielen Dank an die vielen fleißigen Helferinnen und Helfer aus dem OV GRÜNE Probstei!

...und in Laboe

Die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in Laboe findet mehr und mehr Unterstützer. Nicht nur aus dem Reihen der Grünen vor Ort, sondern als bürgerliches Engagement breit aufgestellt, fand Ende August ein offener Abend der Begegnung für alle Unterstützungswilligen und den bei uns angekommenen Flüchtlingen statt. Kennenlernen, austauschen und informieren stand an diesem Abend neben Organisation direkter Hilfsangebote auf dem Programm. Auch hier ein herzliches Dankeschön an alle Freunde.

Zu guter Letzt noch der Hinweis auf einen bevorstehenden Mediationsprozess der beiden Fraktionen in der Laboer Gemeindevertretung. Der Kreisvorstand und der OV unterstützen dieses Vermittlungsverfahren, um Grüne Gemeinsamkeiten für Laboe zu finden und die Konflikte dort zu bearbeiten und zu bewältigen.

Herzlichst Anett und Michael

Grüne treffen sich mit Hohenfelder Naturschützern von Linus Petersen

Auf Initiative von Gerd Dreßler trafen sich Grüne und Hohenfelder Naturschützer. Anlass war ein Brief eines Menschen, der unbenannt bleiben wollte. Dieser Mensch hatte sich besorgt geäußert, was die schöne Landschaft im Hohenfelde angeht. Nach Informationen des Schreibers oder der Schreiberin sollte am Strand bei Malmsteg im Landschaftsschutzgebiet ein Baugebiet entstehen.

Treffpunkt war bei der Hohenfelder Walzenmühle, eine sehenswerte Besonderheit in Hohenfelde. Hinter der Mühle, für Nichteingeweihte nicht erkennbar, liegt ein traumhaft schöner, aufgestauter See. Der Überlauf leitet Wasser durch Hohenfelde durch einige Kilometer bis in die Ostsee. Neben der Mühle war vor Jahren eine Fischtreppe installiert worden. Diese Einrichtung war seinerzeit mit viel Geld gefördert worden. Zweck war es, dass Tierchen einschließlich Fischen es möglich gemacht werden sollte, sich dem Strom entgegen zu bewegen. Gepflegt und betreut wird das von den Hohenfelder Vereinen NaturErleben“ und „Verein zur Förderung des Naturschutzes der Mühlenau und Umgebung“ – die Leute, mit denen wir Grünen uns also an diesem Dienstag, den 30. Juni trafen.

Da wir einander noch nicht kannten, stellten wir uns erst mal vor. Wir waren vertreten als Kreistagsfraktion mit Gerd Dreßler und Michael Meggle vom Umweltausschuss, als Kreisvorstand mit



Monika Friehl, und als zuständiger Ortsverein Lütjenburg und Umgebung mit Wolfgang Hahn und Regina Jaeger, in Doppelfunktion auch als stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Kreistag, und schließlich mir als Grüne Jugend Mitglied. Von den Vereinen waren die jeweiligen Vorsitzenden und Mitglied Hans-Werner Voss da. Schnell entwickelte sich ein interessantes Fachgespräch. Rudolf Goodknecht vom Verein zur Förderung des Naturschutzes der Mühlenau und Umgebung verdeutlichte uns, wie der Rinnsal, der manchmal regelrecht Flusscharakter annimmt, mit dem Selenter See zusammen hängt und was der Verein sonst noch so macht.

Weiter ging es dann an den Hohenfelder Strand. Dort steht seit wenigen Jahren ein Bau, die „Strandkrabbe“. Frauke und Otto-Ewald Lorenzen führten uns eine darin befindliche Ausstellung vor, die leider nicht so oft geöffnet ist, wie man es gern hätte, die Ehrenamtlichen tun, was sie können. Die Strandkrabbe ist außerdem Ausgangspunkt für recht viele naturkundliche Veranstaltungen, zum Beispiel Führungen durch die Landschaft.

Alle Beteiligten empfanden den Termin als Bereicherung und Erfolg, was die Zielsetzung des gegenseitigen Kennenlernens anging. Man sagte sich zu, den Kontakt halten und pflegen zu wollen. Zum Schluss wurde klargestellt, dass der Landschaft am Malmsteg keine Gefahr mehr droht: Das Baubeglehen war von der Kreisverwaltung abgewiesen worden.

Trophäenschau und Hubertusmesse contra Kreisjagdsteuer? von Gerd Dreßler

Ich erinnere mich an eine Besprechung mit dem Vorstand der Kreisjägerschaft Plön im Jahre 2004, zu der der damalige Kreispräsident eingeladen hatte. Ich war neu im Kreistag und hatte keine Kenntnisse von einer Kreisjagdsteuer. Werner Kalinka dagegen konnte mit dem Begriff „Naturnahe Jagd“, den ich in die Diskussion einbrachte, nichts anfangen.

Heute, 2015, ist die Kreisjagdsteuer unverzichtbarer Teil der Einnahmen des Kreises, und naturnahe Jagdverfahren und Reviergestaltung haben Eingang in die Gesetzgebung des Landes gefunden. Landesjagdgesetz § 1 (2):

Ziel dieses Gesetzes ist die Verwirklichung einer Jagd, die das Wild schützt, die Lebensräume erhält und verbessert sowie das Wild nachhaltig und unter größtmöglicher Förderung der biologischen Vielfalt nutzt (naturnahe Jagd).

Die Widersprüchlichkeit einer naturnahen Jagdausübung zum beobachteten Jagdverhalten schildert exemplarisch der Förster der 300 ha großen Waldfläche der Schlossverwaltung Jetzendorf bei München:

Es gibt zu viele Rehe und Hirsche. Ihre größten Beschützer sind die Trophäenjäger, die seit Generationen die Wildbestände künstlich hoch halten. Je mehr Jäger in Deutschland auf die Jagd gehen, desto mehr Rehe und Hirsche laufen durch den Wald. (taz: 3.8.15 „Der Waldstrategie“) Reh und Hirsche vertilgen junge Bäume, fressen die Triebe, beißen die zarten Blätter der jungen Bäume und schädigen so einen gesunden Waldaufwuchs. Die jüngst losgetretene Diskussion um den Wildverbiss im Bereich Selent und Lammershagen und um das Einhalten von Abschussplänen mündet im Vorwurf der Massenhaltung von Damwild in der Landschaft (KN 8.8.15). Auf der anderen Seite ist das veränderte Nahrungsangebot in der Landwirtschaft (Mais) mit Ursache für einen größeren Populationszuwachs beim Schwarzwild, dessen Folgen (Wald- und Flurschäden) sich die Jäger mit Jagdmethoden erwehren, die nicht unbedingt einen naturnahen Anspruch erfüllen. Die „bürgerlichen“ Jäger gibt es seit 1848: Jahrhunderte lang hatte zuvor die Jagd ein Privileg der Fürsten und der Aristokratie dargestellt, das der symbolischen Inszenierung von Macht diente. Mit dem revolutionären Revierjagdsystem wurde danach das Jagdrecht an das Eigentum von Grund und Boden gebunden.

Die Moritat vom Wilddieb Jennerwein hat Eingang in die Geschichte gefunden: Georg Jennerwein wurde beim unerlaubten Jagen in königlichen Wäldern von königlich-bayrischen Forstbeamten gejagt und 1877 tot aufgefunden. Die mysteriösen Begleitumstände seines Todes führten zu der Legendenbildung als Symbol der Auflehnung gegen die Obrigkeit.

Ähnliches ereignete sich 1961 im Klosterforst Preetz nahe Neuwühren: Hier wurde allerdings der Revierförster Franz Bartels Opfer einer Auseinandersetzung mit Wilderern.

Es ist nicht gänzlich von der Hand zu weisen, dass sich obrigkeitsbewusstes und herrschaftlich orientiertes Gedankengut gepaart mit antiquiertem Jagdverhalten und Uneinsichtigkeit in ökologische Zusammenhänge bis heute in den Kreisen etablierter Jagdgenossen gehalten hat.

Im Kreis Plön ist die Kreisjägerschaft der organisatorische Zusammenschluss von 1041 Jägern („Jagdausübungsberechtigte“), die in 15 Hegeringen wirken: Motto: Wir Jäger lieben die Natur, das Leben in der Natur und die darin lebenden Tiere.

Anspruch und Wirklichkeit liegen allerdings nicht immer beieinander. Gleichwohl obliegt es den Jägern selbst, ihren Standort zu bestimmen, indem sie ihre Positionen in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen. Die Diskussion um die Kreisjagdsteuer ist dafür ein Synonym.

Dabei spielt das Establishment der Kreisjägerschaft eine wichtige Rolle, die sich in einer dogmatischen und totalen Verweigerungshaltung widerspiegelt, mit der sich die Jäger der Ausgestaltung der Kreisjagdsteuer entzogen haben.

Nachdem der Kreistag mit der Mehrheit der CDU 2004 die Kreisjagdsteuer abgeschafft hatte, ohne Gegenleistungen der Jäger einzufordern (die Fallwildentsorgung wurde weiterhin durch die Jäger gewährleistet), stieß deren Wiedereinführung 2012 durch geänderte Mehrheiten auf erbitterten Widerstand und führte zur Absage ehrenamtlicher Fallwildbeseitigung auf den Straßen im Kreis Plön.

In Schleswig-Holstein ist die Erhebung der Jagdsteuer zulässig und wird in der Hälfte der Landkreise als Ertragssteuer veranlagt. In allen Landkreisen fühlen sich die Jäger der Fallwildentsorgung verpflichtet und stellen sich dieser ehrenamtlichen Aufgabe - nur eben nicht im Kreis Plön.

Seit geraumer Zeit wird öffentlichkeitswirksam darauf verwiesen, dass verunfalltes Wild nicht umgehend geborgen oder vorübergehend in Containern aufbewahrt wird. Diese Angaben lassen sich schwerlich nachprüfen und sind eher einer gesteuerten Wahrnehmung zuzuschreiben.

Nach der Verweigerung der Fallwildbeseitigung als ehrenamtlicher Aufgabe hat der Kreis als Baulastträger der Kreisstraßen die Straßenmeistereien mit der Entsorgung des Fallwildes beauftragt. Die Kreisjägerschaft nimmt aber auch die anderen Baulastträger der Straßen im Kreisgebiet, den Bund, das Land und die Gemeinden in Geiselhaft für die legale und legitime Entscheidung des Kreistages, die Kreisjagdsteuer zu erheben.

Wir lassen uns durch die Kreisjägerschaft und ihre Protagonisten im Kreistag nicht erpressen und erteilen daher den Anträgen von CDU und FDP zur erneuten Abschaffung der Kreisjagdsteuer eine klare Absage.

In unseren eigenen Anträgen fordern wir die Verwaltung auf, erkannte Defizite gemeinsam mit der Straßenbauverwaltung zu erörtern und bei Handlungsbedarf nachzusteuern.

Die Verantwortung für die gegenwärtige Situation sehen wir bei der CDU und der FDP! Mit deren Mehrheit wurde die Kreisjagdsteuer abgeschafft, ohne die Jäger über die Fallwildentsorgung hinaus zu Gegenleistungen zu verpflichten, wie wir Grüne es vorgeschlagen hatten: Etwa für Naturschutzmaßnahmen in den Revieren durch eine anteilige Überlassung der Steuer. Das hat sich dann bei der Wiedereinführung der Jagdsteuer gerächt und die Jägerschaft in ihrer alternativlosen Position des Alles oder Nichts bestärkt.

Wir bedauern diese Entwicklung, zeigen aber in unseren Anträgen auch Wege auf, negativ empfundene Spitzen zu glätten, die vor allem der Zunahme des Straßenverkehrs und der Population der Wildtierbestände im Kreis geschuldet sind. Infolge der anhaltenden Verweigerung ehrenamtlicher Beseitigung des Fallwildes müssen wir die Dienstleistungen hauptamtlicher Akteure in Anspruch nehmen und bei erkanntem Bedarf dafür Mittel bereitstellen.

Niemand will leidende verunfallte Wildtiere, am Straßenrand verwesende Kadaver oder nicht rechtzeitig gemähte Straßenrandstreifen, die eine Sichtung annähernden Wildes erschweren. Für alles gibt es effiziente Lösungen – mit oder ohne Kreisjäger; aber mit Kreisjagdsteuer!

Also Fallwildentsorgung für den Kreis und Trophäenschau sowie Hubertusmesse für die Jäger!

Grüne Sommertour auf dem „Grünen Band“ von Martin Drees

Bei schönstem Sommerwetter trafen sich am 29. August ca. 40 fahrradbegeisterte Grüne aus ganz Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern vor dem Lübecker Holstentor, um zu einer gemeinsamen Radtour entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze nach Ratzeburg aufzubrechen. Mit dabei waren unser MdB Konstantin von Notz und Michael Cramer, Grüner Europa-Abgeordneter und Initiator der als „Iron Curtain Trail“ bekannten und quer durch Europa führenden EuroVelo-Route EV 13.

Der deutsche Teil dieses insgesamt 7650 km langen Fernradweges führt von Lübeck auf ca. 1100 Fahrradkilometern bis ins sächsisch-bayerisch-tschechische Dreiländereck bei Hof. Unsere Etappe sollte sich allerdings nur auf die ca. 35 km bis nach Ratzeburg beschränken.

Auf dem Weg entlang des ehemaligen Grenzflusses Wakenitz gab es immer wieder zahlreiche Naturschönheiten in dieser wenig berührten Umgebung zu bewundern – nicht umsonst wird der ehemalige Grenzstreifen auch als Grünes Band bezeichnet.

Vergeblich Ausschau halten mussten wir allerdings nach den ca. 130 in freier Wildbahn lebenden Nandus. Die eigentlich in Südamerika beheimateten Großvögel entstammen einer nahe gelegenen Freihaltung, deren Umzäunung sie einst geschickt überwunden hatten.

Für Menschen und andere flugunfähige Lebewesen nicht überwindbar war



hingegen der bis 1989 bestehende Grenzzaun. Diesen konnten wir in Originalteilen, aber auch als Miniaturversion im Bundespolizeimuseum in Lübeck betrachten. Die netten Herren von der Bundespolizei – den Älteren unter uns auch bekannt als BGS – hatten für uns auch noch ein paar besondere Exponate im Repertoire. Die gepanzerten Fahrzeuge und Kampfanzüge aus den frühen 80ern ließen bei uns Erinnerungen an die Gründungsjahre der Grünen wach werden.

Tolles Wetter und viele kleine Pausen mit interessanten Erläuterungen zu den historischen und naturkundlichen Besonderheiten trugen zu einer richtig guten Stimmung unter den Teilnehmenden bei. Auch neue Kontakte wurden geknüpft. So hat mein Plöner Mitradler Andreas Chomatianos wichtige Hinweise zur Realisierung des von ihm geplanten deutsch-dänischen Fernradweges von Plön über die Inseln Fünen, Langeland, Lolland und Fehmarn erhalten und neue Energie für die Realisierung dieses Projektes getankt.

Ein ganz besonderer Dank geht an Konstantin und Michael, die diese Tour ermöglicht haben und vor allem an Ole Eggers von der LAG Tourismus für die perfekte Organisation. Wer den Deutsch-Deutschen Radweg (kurz: DDR) einmal selbst entlang radeln möchte, sei das kürzlich in 4. Auflage im Esterbauer-Verlag erschienene Radtourenbuch von Michael Cramer empfohlen.

Im kommenden Jahr soll übrigens die nächste Etappe in Richtung Büchen er“fahren“ werden

5. Mobilisierung zur TTIP Großdemo am 10.10.2015 in Berlin

Aufruf zur Großdemonstration STOP TTIP & CETA!

Der Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein organisiert in Zusammenarbeit mit dem Kreisverband Kiel eine Busfahrt von Kiel nach Berlin zur Großdemonstration "TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel!".

Eckdaten Großdemonstration in Berlin: STOP TTIP & CETA!

Datum: 10. Oktober 2015

Uhrzeit: 12 Uhr

Ort: Berlin Hauptbahnhof

Wir wollen gutes Essen und eine saubere Umwelt! Wir wollen sicheren Datenschutz! Wir wollen einen fairen, demokratisch kontrollierten Welthandel! TTIP und CETA gefährden das. Darum beteiligen wir GRÜNE uns an der bundesweiten Großdemonstration „STOP TTIP & CETA“ am 10. Oktober in Berlin.

Nach aktuellem Verhandlungsstand dienen TTIP & CETA vor allem den Interessen von Großkonzernen und drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben. Beide Abkommen setzten wichtige Standards im Umwelt-, Verbraucher-, Sozial-, und Datenschutz aufs Spiel. Die bevorstehende Einführung der Investor – Staat –Schiedsgerichtsverfahren ermöglicht es Unternehmen, nationale Rechtssysteme zu unterlaufen. Wir wollen TTIP und CETA stoppen und auf transparenter Grundlage neu verhandeln.

Tickets für die Busfahrt Kiel - Berlin - Kiel können ab dem 01.09.2015 erworben werden:

in der Kreisgeschäftsstelle der Kieler GRÜNEN

Jungmannstraße 50

24105 Kiel

Öffnungszeiten:

Montag, Mittwoch und Donnerstag

jeweils von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr

in der GRÜNEN Landesgeschäftsstelle

Wilhelminenstraße 18, 24103 Kiel

Wir geben die Tickets zum Selbstkostenpreis ab:

30 Euro Normalpreis

30 Euro Soli-Ticket (wer selbst nicht fahren kann, ermöglicht so

z.B. SchülerInnen die kostenlose Teilnahme)

10 Euro SchülerInnen/Studierende/Auszubildende

Bitte wenn möglich passend bezahlen.

Isabel Sadewasser – Landesgeschäftsführerin Kiel

6. TTIP – ein Kommentar von Bernd Voss MdL

TTIP und Klima- und Umweltschutz

Mit unserer grünen Position zu dem bilateralen Handelsabkommen TTIP mit den USA und CETA mit Kanada und anderen sind wir keinesfalls gegen den internationalen Austausch von Gütern und Ideen. Viel sozialer, materielle und kulturelle Fortschritt ist so erst möglich geworden. Und wenn jetzt 80 Prozent der Neuinvestitionen in Energieerzeugung weltweit in erneuerbare Energien erfolgt, zeigt es, dass unsere Ideen und Konzepte gefruchtet haben. Die daraus erfolgten Exporte z.B. effizientere Techniken und Windkraftanlagen sind dafür Beispiele.

Aber was bei TTIP und CETA weitgehend hinter verschlossenen Türen verhandelt wurde und wird, blockiert neue Umwelttechnologien. Sie werden häufig aus kleinen und mittelständischen Unternehmen heraus entwickelt – häufig gegen die Gewinn- und Machtinteressen der multinational agierenden Konzerne.

Verhandelt wird zugleich ein Investitionsschutzabkommen, mit denen besonders Konzerne durchsetzen, dass umweltschädliche Anlagen entgegen parlamentarischer Entscheidungen weiter betrieben werden können. Wenn sie still gelegt werden sollen, wird versucht, hohe Entschädigungen einzuklagen. Beispiele sind:

- Die Klage von Vattenfall gegen den Atomausstieg in Deutschland.
- Das Vorgehen von Vattenfall gegen die Umweltauflagen für das Kohlekraftwerk Hamburg – Moorburg.
- In Kanada hat ein internationaler Oelkonzern Fracking gegen den Willen der Provinzregierung in Quebec durch geklagt. Bergbau in Naturschutzgebieten konnte jüngst gegen den Widerstand der Regierung durchgesetzt werden.

Einige Fälle, die bereits deutlich machen, wie Konzerne bei Investorstaatschiedsverfahren im Rahmen von Freihandelsabkommen gegen Energiewende und neue Erkenntnisse bei Umweltstandards vorgehen können. Staaten, Länder, aber auch Regionen und Kommunen werden, wegen Klagerisiken und den damit verbundenen Kosten (Bei einem internationales Schiedsgericht sind es im Schnitt ca. 8 Millionen Euro) und Zeitverzögerungen, davon abgehalten, ökologische Erkenntnisse auch zügig in Standards um zu setzen.

Ein weiterer Punkt ist in diesem Zusammenhang die regulatorische Kooperation in den genannten Handelsverträgen. Sie macht das Entmachten der Parlamente, den Staatsstreich durch die Hintertür, komplett. Neue Regeln und Gesetze, besonders auch im Umwelt- und Klimaschutz, können dann nur einheitlich in der EU und Nordamerika beschlossen werden. Ein Wettbewerb, eine Vorreiterrolle einzelner Länder und Regionen für Umwelt und Klima, wird es dann kaum noch geben können.

Der Zwang zur Ausschreibung kommunaler Daseinsvorsorge und die Verhinderung von Rekommunalisierung in bisherigen Handelsabkommen können künftig zur Folge haben, dass Energie, Wasser und Abwasser aus der kommunalen Hand verschwinden. Dabei lässt sich doch besonders in diesen Feldern lokal auf die Herausforderungen aus Klimawandel und Umwelt reagieren.

Freihandel bedeutet, dass die Erzeugung zum günstigsten Standort in dem Freihandelsgebiet wandert.

Das ist mit mehr Transporten der Güter weltweit verbunden. Dies wäre so allein noch nicht ökologisch bedenklich, wenn, neben der sozialen, die ökologischen Folgekosten mehr einfließen würden. Wir wissen, dass das ganz besonders bei den Transportmitteln, die im Transatlantischen Handel eingesetzt werden – Schiff und Flugzeug – die Umwelt- und Klimabelastung erheblich sind.

In der Landwirtschaft führt Freihandel zur Wanderung der Erzeugung zu den ökonomischen Gunststandorten. Die landwirtschaftliche Erzeugung ist sowohl bei Getreide und vielen Feldfrüchten, sowie bei Milch und Fleisch in Nordamerika, erheblich kostengünstiger als in weiten Teilen Europas. In großen ausgeräumten Landschaften und unter industriellen Maßstäben lässt sich eben zu niedrigeren Stückkosten produzieren. Die ökologischen Risiken und Folgekosten finden sich eben nicht im Preis für Brot oder Milch wieder.

Auf der Strecke blieben eine multifunktionale, eine bäuerliche Erzeugung und die Perspektive auf eine ökologischere Landwirtschaft in Europa. Nicht gut für Qualität, Klima und Artenvielfalt.

7. Termine in der Übersicht

12. September 2015	Seminar Pressearbeit im Hotel Rosenheim Schwentinental
17. September 2015	Kreismitgliederversammlung im Seeblick Strandhotel Uferweg 2, Heikendorf
19. September 2015	International Coastal Cleanup Day
25. September 2015	TTIP Informationsabend des OV Plön in der Tourist Info in Plön
10. Oktober 2015	TTIP Großdemo in Berlin
07. November 2015	Jahreshauptversammlung
28. November 2015	Seminar Rhetorik im Hotel Rosenheim Schwentinental

8. Die neue Kreisgeschäftsführerin stellt sich vor

Im Juni 2015 hat es eine Personaländerung gegeben. Joscha John, als langjähriger Kreisgeschäftsführer, hat sein Amt an Sabine Duwe weitergegeben. Und somit ist auch die Kreisgeschäftsstelle umgezogen. Die neue Anschrift und Telefonnummer lauten:

Bündnis 90 / Die Grünen – Kreisgeschäftsführung Plön
Sabine Duwe
Schlossgebiet 13
24306 Plön

Tel.: 0160 92060626

Email: sabine.duwe@gruene-kreis-ploen.de

Bisheriger beruflicher Lebenslauf in Kürze:

- Juni 2015 Kreisgeschäftsführerin Kreisverband Plön
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
- Mai 2015 selbstständige Immobilienberatung Engel & Völkers
- November 2014 Paula Water GmbH Viersen - Marketing Research – Marktanalyse, Mittelakquise sowie strategische und operative Beratung im Implementierungsprozess eines autark arbeitenden und Ressourcen schonenden Trinkwasseraufbereitungssystems für den Einsatz in Entwicklungsländern und Katastrophengebieten
- Juni 2003 – Februar 2014 Sahel e.V., Katrin Rohde – Stiftung Plön - Nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit in Ouagadougou, Burkina Faso Westafrika Geschäftsführerin und persönliche Referentin der Gründerin sowie der Projektleitung, der Vorstände und Aufsichtsgremien Planung, Finanzierung und Durchführung mehrerer Einrichtungen zum Schutz und zur Förderung von Kindern und Jugendlichen unter der Maßgabe einer nachhaltigen Sicherstellung von Qualität und Dauerhaftigkeit.
- Juni 2000 - März 2008 Sirius Werft GmbH Plön - Assistentin für Öffentlichkeitsarbeit, Fotografie, Dokumentation, Archivierung, Messe- und Veranstaltungsorganisation
- Dez. 1995 – Mai 2000 Mutterschaft und Erziehungszeit
- Nov. 1994 – Dez. 1995 Stadt Apotheke Nortorf Angestellte Pharmazeutisch Technische Assistentin
- Sept. 1989 – Juli 1992 Pharmazeutisches Zentrum Ribnitz – Damgarten Apothekenfacharbeiterin

Ehrenamtliches Engagement

Förderung von Entwicklungshilfeprojekten in Westafrika, Patenschaften
Tätigkeit in Elternbeiräten
Engagement im Segelclub von Plön e.V.

Wichtige Ansprechpartner / -innen im Kreis Plön

Kreisverband Plön - Vorsitzender
Karl-Martin Hentschel
Am Steinkamp 7
24226 Heikendorf
0431/243889
Email: karl.m.hen@gmail.com

Schatzmeister Wolfgang Boppel
Rastorfer Str. 9, 24211 Preetz
0172/375 43 23
Fax: 04342/87198
Email: gruener@boppel.com

OV Grebin und Gemeindevertretung
Klaus-Henry Flemming
Email: kh_flemming@yahoo.de, 04383/1233
Email: Marlen Degner, lenidegner@web.de

OV Heikendorf und Fraktion
Olaf Bartels
Email: olaf.bartels@gmx.com, 0431/245756

OV Lütjenburg + Umgebung und Fraktion
Regina Jaeger
Email: rj@gruene-luetjenburg.de
Wolfgang Hahn
Email: wh@gruene-luetjenburg.de
Fraktion: Andrea Danker-Isemer
Email: adi@gruene-luetjenburg.de

OV Plön und Fraktion (mit Amt Plöner Land)
Gerd Weber, 04522/6116
Email: Gerd51@t-online.de

OV Preetz und Fraktion
Martin Drees
martin.drees@gmx.net, 04342-851777
Fraktion: Henning von Schöning
Email: hvs@gruene-preetz.de

Impressum

Kreisrundbrief, Ausgabe 2 / 2015
Herausgeber: Bündnis90/DIE GRÜNEN Kreisverband Plön, Karl-Martin Hentschel, Heikendorf ; Sabine Duwe, Plön
Soweit aufgeführt, sind die Autoren/-innen der Artikel für ihre Texte selbst verantwortlich.

OV Probstei und Fraktionen Laboe
Anett Schwab, Email: schwaban@gmx.de
Michael Meggle, Email: michaelmeggle@aol.com

Fraktion Grüne: Inken Kuhn
Email: laboekuhn@yahoo.de, 0152/53588369
Fraktion Grüne Aktive (GAL):
Julia Hansen, Email: jus.hansen@freenet.de
Martin Opp, Email: opp-laboe@t-online.de

OV Schönkirchen und Fraktion
Mareike Otten
Email: mareike.otten@gmx.de, 0431/2485838
Thomas Rulle
Email: t.rulle@t-online.de, 0431/7993576

OV Schwentinental und Stadtvertretung
Andreas Müller
Email: muelleraje@gmx.de, 04307-7921
Fraktion: Gerhard Kockläuner
Email: ggik.kocklaeuner@t-online.de,
0431/790661

OV Selenter See und Fraktion Selent
Susanne Elbert
Email: susanne.elbert@t-online.de 04384/593645
Lars Berwald
Email: lars.berwald@t-online.de, 04384/599355

OV Bokhorst/Wankendorf mit Fraktionen
Wankendorf und Stolpe
Theresia Künstler 04326/514200
Email: theresia.kuenstler@freenet.de,
Fraktion Wankendorf: Uwe Hansen
Email: hansen-wankendorf@t-online.de

Kreistagsfraktion
Vorsitzender: Axel Hilker
Email: axel-hilker@web.de, 0160/91597265